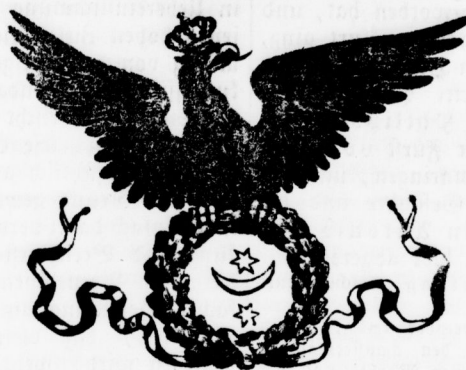


Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von P. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breite-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 31.

Halle, Mittwoch den 7. Februar
Hierzu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Halle, d. 6. Februar. Von den in der Provinz Sach-
sen vollzogenen Wahlen für die zweite Kammer sind fol-
gende zu unserer Kenntniß gekommen, nämlich: In Er-
furt der Kaufmann Krackrügge; in Langensalza der
Republikaner Rektor Schramm; in den Kreisen Bitter-
feld und Delitzsch die bekannten Pastor Hildenhagen und
Assessor Schulz aus Delitzsch; in den Kreisen Merseburg
und Querfurt der Bürgermeister Seffner aus Merseburg
und Justiz-Commissar Eydorf aus Neumark, in den beiden
Mansfelder Kreisen Bolke in Salzmünde und Dörf in
Eisleben.

Magdeburg, d. 5. Febr. Unsere früheren Abgeord-
neten, Hr. Regierungsrath v. Unruh und Hr. Prof. Pag,
sind heute mit ungeheurer Majorität wieder zu Abgeordneten
gewählt worden, und zwar Hr. v. Unruh mit 236 gegen 39, Hr.
Prof. Pag mit 234 gegen 40 Stimmen; der Gegencandidat war
Hr. Regierungsrath v. Bodelschwingh. Die Wahlen für
die Kreise Neuhaldenleben und Wanzeleben sind conservativ
ausgefallen; gewählt sind Hr. Schwiesau, Ackermann zu
Großrottmerleben (Kr. Neuhaldenleben) und Hr. v. Hei-
denreich, Lehrer in Magdeburg. Die Gegencandidaten
waren Hr. Rabbiner Dr. Philippson von hier und der
frühere Abgeordnete Just.-Comm. Schulz von Wanzeleben.
(Magd. Ztg.)

Berlin, d. 5. Febr. Bei den heute Morgen hier voll-
zogenen Wahlen der Abgeordneten zur zweiten Kammer
sind gewählt worden:

Im I. Wahlbezirk (432 Wahlmänner):

Herr Waldeck mit 277 St.,
" Berends mit 267 St.,
" Rodbertus mit 276 St.

Im II. Wahlbezirk (293 Wahlmänner):

Herr Rodbertus mit 168 St.
" Philipps aus Elbing mit 172 St.

Im III. Wahlbezirk (296 Wahlmänner):

Herr Waldeck mit 216 St.
" Jacobi mit 211 St.

Im IV. Wahlbezirk (291 Wahlmänner):

Herr Jacobi mit 229 St.,
" Temme mit 228 St. (Pr. St.-U.)

So eben vor Schluß des Blattes erhalten wir noch Nach-
richten über den Ausfall der Wahlen in Potsdam, wonach
zu Abgeordneten für die zweite Kammer der Justizrath Krahn
aus Kremmen, der Oberpräsident von Patoz gewählt sind;
die Gegen-Kandidaten waren der Professor Sneydt und der Re-
gierungs-Assessor von Benda von hier. (D. R.)

Unter den Gesetz-Entwürfen, welche das Ministerium den
Kammern vorzulegen beabsichtigt, befinden sich auch die Gesetz-
entwürfe wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen,
wegen Einführung einer gleichmäßigen
Grundsteuer und einer Einkommensteuer. Was den
erstgenannten Gesetz-Entwurf betrifft, so beabsichtigt das Mini-
sterium, wie man vernimmt, bei dem unter dem Ministerium
Camphausen-Hansemann vorgelegten Entwurf, der damals so
großes Aufsehen und in dem sogenannten Bülow-Cummerow's-
chen Parlament so große Opposition erregte, stehen zu bleiben.
In Betreff des zweiten Gesetz-Entwurfs wird die genaue Ver-
messung der östlichen Provinzen und die Eintragung der Grund-
stücke in einem Kataster als unabweisbare Nothwendigkeit be-
zeichnet, um eine gleichmäßige Grundsteuervertheilung herbeizu-
führen. Hinsichtlich der projektirten Einkommensteuer erfährt
man, daß dieselbe bei einem Einkommen von 300 Thln. ihren
Anfang nehmen und von 3 bis zu 5 pSt. steigen soll. Von
1000 Thalern ab beginnt der Steuerfuß von 3 1/2 pSt. und
mit 10,000 Thln. der höchste Satz von 5 pSt. Für diejeni-
gen Klassen, deren Einkommen 300 Thlr. nicht erreicht, soll
die Klassensteuer bestehen bleiben oder eingeführt werden,
nur in den Städten von mehr als 30,000 Einwohnern, wo die
Erhebung der Klassensteuer zu große Schwierigkeiten verursachen
würde, beabsichtigt man, neben der Einkommensteuer, eine ge-
ringe Verbrauchs-Steuer beizubehalten: so daß die ärme-
ren Klassen nur die letztere, die vermögenderen Klassen beide
Steuern zu zahlen hätten. Behält man im Auge, daß die
Verbrauchssteuer so gering sein wird, daß sie nicht schwer la-
stet, so werden die vermögenderen Klassen jenem praktischen An-
fang zur Lösung der sozialen Frage gewiß alle Unterstützung an-
gedeihen lassen. (D. R.)

Zum preussischen Gesandten bei den Hansestädten ist der Legationsrath von Kampff ernannt, derselbe, welcher sich bei den Verhandlungen mit Braunschweig und Hannover in Zollvereins-Angelegenheiten zuerst einen Namen erworben hat, und als Herr Camphausen im vorigen Sommer nach Frankfurt ging, diesem für die Zollsachen beigegeben war. An Hrn. v. Kampff's Stelle im Ministerium des Auswärtigen tritt der preussische General-Konsul in Antwerpen, Legationsrath Philipsborn.

Berlin, d. 6. Febr. Se. Durchl. der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen ist nach Sigmaringen, und der bisherige Königl. spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Don Antonio Remon Jarco del Valle, nach Madrid von hier abgereist.

Das 5te Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter

Nr. 3098. Den Allerhöchsten Erlaß vom 28. November 1848, wegen Verleihung fiskalischer Vorrechte für den chausséemäßigen Ausbau der Verbindungs-Straße zwischen Worbis und der berlin-kasseler Chaussee in der Richtung nach Gernrode; desgleichen

„ 3099. vom 7. Dezember 1848, wegen Auflösung der durch die Ordre vom 27. Oktober 1820 zur Entscheidung von Ansprüchen an Provinzen, Kreise und Kommunen für Lieferungen und Leistungen aus den Kriegsjahren 1806 bis 1807 und 1812—1815 in zweiter und letzter Instanz niedergesetzten Immediat-Kommission; ferner

„ 3100. die Berichtigung vom 30. ej. m. et a., betreffend den im 40sten Stück unter Nr. 3030 der Gesetz-Sammlung pro 1848 abgedruckten Tarif zur Erhebung des Hafens- und Brücken-Aufzugs-Geldes in Stettin vom 25. August ej. a.; und zuletzt

„ 3101. den Allerhöchsten Erlaß vom 12. Januar 1849, betreffend die Hafengeld-Tarife für die Häfen von Pillau und Memel.

Berlin, den 6. Februar 1849.
Gesetz-Sammlungs-Debits-Comptoir.

Stettin, d. 4. Februar. Die preussische Regierung hat die drei ihr zugehörigen Dampfschiffe „der preussische Adler,“ den „Königsberg“ (beide jetzt hier) und „die Elisabeth“ (in Stralsund liegend) dem deutschen Marine-Ministerium in Frankfurt a. M. käuflich überlassen, und es sollen diese Fahrzeuge sofort für den Kriegsdienst tauglich gemacht und ausgerüstet werden. Der Kaufbetrag wird Preußen auf die Beisteuer zur deutschen Flotte angerechnet. (D. R.)

Kassel, d. 30. Januar. Die Abstimmung der Reichsversammlung zu Frankfurt in der Oberhauptfrage ist hier ziemlich allgemein mit großer Mißstimmung aufgenommen worden. Man hält an der Ueberzeugung fest, daß Preußen an die Spitze Deutschlands zu treten hat, daß dies aber nur dann in wahrhaft deutschem Sinne geschehen kann und wird, wenn das Haus Hohenzollern die erbliche Kaiserwürde gegen die preussische Königskrone eintauscht. In diesem Sinne hatte sich die große Mehrzahl unserer Ständeversammlung (gegen eine Minorität von nur acht Mitgliedern) ausgesprochen, und wenn dabei auch der Erblichkeit nicht ausdrücklich gedacht war, so setzten die Meisten sie doch, als sich von selbst verstehend, voraus, und Andere waren der Ueberzeugung, daß selbst eine nur lebenslängliche Uebertragung der Kaiserkrone der erblichen in Wirklichkeit ziemlich gleichstehen werde. Um so schmerzlicher hat uns die Abstimmung berührt, und es steht zu erwarten, daß von verschiedenen Seiten Schritte geschehen werden, um die Erwartungen und Hoffnungen laut werden zu lassen, welche man von der zweiten Berathung des betreffenden Abschnitts der Grundverfassung Deutschlands hegt. Die Regierung hat unlängst die Ständeversammlung benachrichtigt, daß zu Frankfurt die Erklärung abgegeben werden sollte: „Seine Königliche Hoheit der Kurfürst, von dem Bewußtsein durchdrungen, daß nur ein einiges, kräftig zusammengehaltenes Deutschland dem Bedürfnisse des deutschen Volkes entspreche,

und daß zu diesem Zwecke die Einsetzung eines starken Reichsoberhauptes erforderlich sei, nehme keinen Anstand, schon jetzt sich dahin auszusprechen, wie Allerhöchstdieselben bereit seien, in Uebereinstimmung mit Ihren Bundesgenossen zur Erreichung jenes hohen Zieles diejenigen Opfer zu bringen, welche gleichmäßig von den übrigen deutschen Regierungen, so auch von der kurhessischen bei endgültiger Feststellung des deutschen Verfassungswerkes erheischt werden dürften.“ Es läßt sich nicht verkennen, daß diese Erklärung viel Unbestimmtes hat und anscheinend absichtlich auf Schrauben gestellt ist. Das mag denn auch der Grund gewesen sein, daß sich die Ständeversammlung nicht einfach dabei beruhigt, sondern sie einem Ausschusse zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Dieser Ausschuss hat, dem Vernehmen nach, die Landtags-Commission in mehrfacher Beziehung um Erläuterung angegangen, und es steht zu erwarten, daß dieselbe der Ständeversammlung einen Antrag vorlegen wird, welcher mehr Entschiedenheit und Bestimmtheit in die Sprache der Regierung bringen möchte.

Frankfurt a. M., d. 3. Februar. „Nicht ohne Beachtung, heißt es heute in der sogenannten „Parl.-Corr.“, ist der Antrag Henkels in der hessischen Kammer geblieben, auf den Austritt der österreichischen Abgeordneten aus dem Frankfurter Parlament hinzuwirken, um so weniger, als sich die Ansicht selbst in Oesterreich allmählig Bahn zu brechen scheint, man dürfe, falls der Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat wirklich nicht zu ermöglichen stehe, der Einigung des übrigen Deutschlands nicht länger hindernd in den Weg treten. Einer der Führer des Reichstags zu Kremsier, Herr Vöhner, spricht in einem Sendschreiben an seine Wähler offen aus: Entweder Deutschland-Oesterreich als ein neues freies Mitteleuropa, oder das Gagern-Schwarzenberg'sche Programm mit allen Consequenzen, das staatliche Nebeneinanderstehen Deutschlands und Oesterreichs. Dann ist für unsere Deputirten auch keinen Augenblick mehr Platz in der Paulskirche.“

Ferner meldet dieselbe Correspondenz: „Aus Baiern mehrten sich die Adressen, welche die einheitliche Regierung Deutschlands auf Preußen zu übertragen verlangen. Die letzte derselben ist dem Dekan Bauer von seinen Wählern in Bamberg zugegangen. Der „Nürn. Kur.“ hat seinen Ton geändert, und wir haben Vertrauen, die bayerische Kammer werde alle Hindernisse der deutschen Einigung kühn und entschieden zu überwinden wissen. Inzwischen ist auch die Gegenpartei nicht unthätig; unter anderem läßt man von dieser Seite aus den Entwurf der Gewerbeordnung, welcher von unserem volkswirtschaftlichen Ausschuss vorgeschlagen ist, bereits als angenommenes Gesetz im Lande vertheilen, um die Besorgnisse vor norddeutscher Gewerbefreiheit auf die passende Höhe zu steigern.“

Die preussische Circularnote erhält in der Presse überwiegend anerkennende Urtheile. Alle Organe der mittleren Partei sind mit der preussischen Erklärung im Ganzen zufrieden; die Linke natürlich, welche die republikanische Spitze im Sinne hat, will Nichts von einer Verständigung mit den Fürsten wissen. Auch die „Han. Ztg.“ spricht sich beifällig aus. Auch Hannover habe schon früher sich dahin erklärt, daß das Princip der Vereinbarung nicht in seiner ganzen Schärfe so zur Geltung gebracht werden könne, daß die Reichsverfassung in allen 38 Staaten berathen würde. Preußen wird ausschließlich aufgefordert, nachdem es das erste Wort ausgesprochen hat, auch mit dem zweiten (?) nicht anzustehen, und Manches dadurch klarer und sicherer zu fassen, was das erste noch unbestimmt läßt. Mit der Ablehnung der Kaiserwürde durch Preußen ist man in Hannover sehr einverstanden; „um so williger und lieber, heißt es, erkennen wir den Vorrang Preußens in Deutschland an, als Preußen selbst nur die Stellung will, welche die

Natur der Dinge ihm anweist. Daß diese ein Uebergewicht in Deutschland unerläßlich bedingt, ist augenscheinlich genug; aber Niemand wird sich unter den Bedingungen, welche Preußen sich selbst stellt, Niemand, der Preußen als rein deutschen Staat anerkennt und Deutschlands Freiheit will, wird sich gegen dieses Gebot der Umstände auflehnen wollen."

München, d. 1. Februar. Heute Mittag übergibt eine Deputation der Kammer der Reichsräthe ihre vom Grafen Armansperg verfaßte und in geheimer Sitzung verathene Adresse als Erwiderung auf die Thronrede dem Könige. In Betreff der deutschen Frage heißt es in derselben: "Der Ausbau des deutschen Verfassungswerkes ist in allen Gauen unseres Gesamtvaterlandes der Gegenstand heißer Sehnsucht. Baierns Volk sieht auch hierin keinem andern Stamme nach und sieht mit Vertrauen auf seinen für diese heilige Sache besetzten König. Möge der Himmel die gerechten Wünsche der Deutschen erfüllen, Weisheit und Kraft denjenigen verleihen, welche zu dem großen Baue berufen sind. Möge das gesammte Deutschland durch den Einklang der Regierungen und der Vertreter des Volkes ungetrennt ersehen in voller Einigung mit unantastbarer Macht und mit einer Verfassung, welche unter dem Ausschluß aller Sonderinteressen die mit der Einheit und Kraft des Ganzen vereinbarliche, durch den deutschen Nationalcharakter gebotene Selbstständigkeit der Einzelstaaten bewahrt, die gesetzmäßige Freiheit der Personen und des Eigenthums unerschütterlich beschirmt und die Entwicklung der Wohlfahrt des Volkes dauernd zu befördern vermag. Wir überlassen uns der freudigen Hoffnung, daß das große Werk bald gelingen werde, erwarten die darauf bezüglichen Eröffnungen der Krone und die deshalb angekündigten Geseze und Verfassungsabänderungen, insbesondere jene hinsichtlich der Grundrechte, um innerhalb unseres Wirkungskreises auf dem verfassungsmäßigen Wege an dieser Lebensfrage aller Deutschen Theil zu nehmen. Baierns Volk hat das rühmende Zeugniß verdient, welches Ew. Majestät in der Thronrede niederlegten."

Freiburg, d. 1. Febr. In Anklagesachen gegen Gustav v. Struve und Karl Blind von Mannheim wegen Hochverrath wurden in der heutigen öffentlichen Sitzung des oberrheinischen Hofgerichts aus der Vorschlagsliste des Oberrheinkreises, welche 716 Personen nachweist, die 30 Geschwornen, und aus der Freiburger Urliste die 8 Ersatzmänner durch das Loos gezogen. (Karls. Ztg.)

Wien, d. 2. Febr. Am Schlusse der gestrigen Reichstagsitzung verbreitete sich das Gerücht von Prorogirung des Reichstags bis 15. Mai, weil eine Depesche aus Ungarn gekommen sein soll, daß sich die Magyaren dem constitutionellen Reichstage anschließen und auch an der Debatte über die Grundrechte schon Theil nehmen wollen. — Das Abendblatt der gestrigen Wiener Zeitung verkündigt nicht weniger als 26 von der Militär-Untersuchungs-Commission gefällte Urtheile. Darunter sind 11 übergetretene Grenadiere, die sämtlich zum Tode durch den Strang verurtheilt wurden, das schwerste von den bestätigten Urtheilen lautet jedoch auf zehnjährige Schanzarbeit in schwerem Eisen, einige andere auf Spießruthen. — Gestern früh wurde wieder ein boshaftes Pasquill an der Burg vorgefunden. — Herr v. Schmerling hat dem Reichsministerium einen Plan zu einer großartigen Einwanderung von Deutschen nach Ungarn vorgelegt.

Ungarn.

Aus Pesth vom 30. Januar schreibt man dem Lloyd: Gestern Abend ist Feldmarschalllieutenant Esorich mit seinem Armecorps hier eingezogen. Derselbe brachte eine Menge ungarischer Gefangener und das Geschütz, das er Sörben abge-

nommen. Die gute Sache Oesterreichs gewinnt mit jedem Tage, und es ist zu hoffen, daß binnen kurzem die Rebellion in Ungarn gänzlich erdrückt sein wird.

Frankreich.

Paris, d. 1. Febr. Unter den am 29. Verhafteten sind mehrere Mitglieder des Clubs der „Solidarité républicaine“, auf dessen Conspirationen der Minister des Innern bereits in der vorigen Woche die Präfecten und Unterpräfecten aufmerksam gemacht hatte. Es scheint, daß dieser Club, dem auch mehrere Abgeordneten zur Nationalversammlung, natürlich von der Bergpartei, angehören, die in der Mobilgarde entstandene Unzufriedenheit auszubenten suchte, um so eine Emeute hervorzubringen, in welcher er dann mit seinen Zwecken, die auf nichts anderes, als auf den grassendsten Communismus hinzielen, hervorgetreten wäre. Die Papiere dieses Clubs sind von der Regierung weggenommen und unter Siegel gelegt worden. Was die Mobilgarde betrifft, so ist beschlossen worden, denjenigen, die in Folge der Reorganisation dieses Corps ihre Entlassung erhalten, bis Ende März den vollen Gehalt auszuführen. So weit dauern nur die gegen sie eingegangenen Verbindlichkeiten. Uebrigens ist die Reduction sehr unbedeutend. Die bisherigen 25 Bataillone zählten nur 13,000 Mann und die 12 neuen Bataillone werden 12,000 Mann enthalten. Die Einschränkung betrifft mithin nur die Offiziere.

Wie sehr der letzte Aufstandsalarms die Regierung gestärkt hat, zeigten nicht bloß die ihr günstigen Abstimmungen in den letzten Sitzungen der Nationalversammlung, wie die Verwerfung des Villaut'schen Antrags auf Regelung des Ausgabenbudgets nach den Einnahmen, und die des Amnestieantrags in gestriger Sitzung, sondern auch der Beschluß der zur Prüfung des vom Minister des Innern vorgelegten Gesetzentwurfs niedergesetzten Commission über das Verbot der Clubs, die im Grunde der Sache dem ministeriellen Plane viel weniger feindlich ausgefallen ist, als sich nach der Zusammensetzung der Commission erwarten ließ. Zwar haben sich 9 gegen 6 Stimmen dahin ausgesprochen, daß die vorgeschlagene Maßregel ihrer Ansicht nach verfassungswidrig sei. Aber zwei Mitglieder der Majorität, die H. Sénard und Crémieux, die Beide sonst entschieden antiministeriell sind, schlossen sich der Minorität in der Erklärung an, daß es nothwendig sei, das im Juli erlassene Gesetz gegen die Clubs zu verschärfen, und gewannen fast sämtliche Mitglieder der Commission für diese Ansicht. Es handelt sich jetzt nur noch darum, welches das Princip des neuen Gesetzes sein solle. Einige wünschen die Permanenz der Clubs aufrecht zu erhalten, sie aber mit Garantien zu umgeben, welche ihre Gefährlichkeit aufheben. Andere wollen die Permanenz verbieten und den Clubs nur gestatten, sich zur Berathung specieller Fragen zu versammeln, also streng genommen, die eigentlichen Clubs verbieten und nur politische Versammlungen erlauben. Ein anderes Symptom von dem Eindrucke, den das energische Auftreten der Regierung hervorbringt, ist die heute in der République sociale et démocratique enthaltene Erklärung, daß der mit so großem Geräusch angekündigte neue Club der Bergpartei, der den Zweck hatte, das Volk in republikanischen Grundsätzen zu unterrichten, vor der Hand nicht eröffnet werden wird.

Ein vom Moniteur veröffentlichter Nachweis über die commercielle Bewegung in den französischen Häfen zeigt, wie nachtheilig die politischen Erschütterungen des vergangenen Jahres auch auf die Schifffahrt gewirkt haben. In Marseille ist die Tonnenlast der aus- und eingelassenen Schiffe von 1,500,000 auf 877,000 gesunken, in Havre von 852,000

auf 517,000, in Bordeaux von 288,000 auf 245,000 Tonnen. Im Ganzen hat die französische Schifffahrtsbewegung des Jahres 1848 gegen 1847 um 7471 Schiffe oder Reisen und 1,152,000 Tonnen abgenommen.

Paris, d. 2. Febr. Heute berichtet der Moniteur: „Die telegraphischen Depeschen, welche aus den Departements einlaufen, sind sehr beruhigend. Obgleich sie beweisen, daß das Komplott von Paris die weitesten Verzweigungen hatte, wurden doch die Präfecten bei Zeiten davon unterrichtet und konnten die gehörigen Maßregeln treffen im Interesse des öffentlichen Friedens. In Marseille vereitelte die Behörde einen bewaffneten Angriffsplan nur dadurch, daß sie in der Nacht vom 27. zum 28. Januar alle Posten verdoppelte. In Lyon hielt der Anblick einer starken Garnison die Agitatoren im Schach, deren Thätigkeit bemerkt worden war. In Macon und Chalons an der Saone gab es eine tumultuarische Klub-Demonstration. Es wurden aufrührerische Reden geführt und die Aufwiegler insultirten einen Polizei-Kommissarius. In Straßburg durchzogen Anführer, denen sich eine kleine Anzahl von Arbeitern beigefügt hatte, die Straßen und stießen Geschrei aus, unter dem Vorwande, daß sie Arbeit verlangten. Auf eine Ansprache des Adjunkten und auf das Versprechen der Vertheilung von Almosen an die Dürftigsten ging jedoch dieser aus 200 bis 250 Personen bestehende Haufen auseinander. In Limoges erschien die Haltung der Arbeiter anfangs drohend; aber die vortreffliche Haltung der Nationalgarde und der Garnison beruhigte alsbald die Gemüther. In Troyes hat der Präfekt sechszehn Kisten voll Gewehre aufgefangen, die nach Chalons bestimmt waren. An der nordöstlichen und östlichen Grenze ist man mehreren Kriegsmunitions-Einschmuggeleien auf die Spur gekommen. Auf allen Landstraßen in der Nähe von Paris hat man starke Haufen Arbeiter aus den Departements dem Sammelplatz der Emeute zuweilen sehen, während Emissaire von Paris in die Departements reisten, um dort Agitation und Revolte zu stiften. Das Gerücht vom nahen Ausbruch einer Insurrection war überall verbreitet. Die schlechten Bürger machten aus ihren Hoffnungen gar kein Geheimniß mehr. Man hätte sich noch einmal am Vorabend der Tunitage glauben können. Dies ist die Bewegung, welche die Regierung durch ihre Wachsamkeit beschwor, und zu deren energischer Unterdrückung sie sich in den Stand gesetzt hatte.“ Ledru Rollin's Revolution enthält Folgendes: „Man versichert uns, daß das Cabinet die Auslieferung von dreihundert Verhaftsbefehlen in blanco angeordnet hat, und daß in Folge dieser Befehle eine allgemeine Razzia in der Nacht vom 3. zum 4. Februar ausgeführt werden soll. Wir gestehen, daß die persönliche Freiheit in einem Lande vortrefflich gewährleistet ist, wo man mit Wiedereinführung der geheimen Verhaftsbefehle beginnt.“ Es ziehen immer neue Truppen in Paris ein. Changarnier besichtigte heute, von einem Detaschement Lanciers gefolgt, die Lager innerhalb der Stadt, um sich vom Geiste der Truppen zu überzeugen. Marrast läßt heute in allen Journalen den Paragraph 83 des Reglements der National-Versammlung abdrucken, welcher den Oberbefehl alles Militairs in die Hände des Präsidenten der National-Versammlung legt. Es ist auch ein Antrag gestellt worden: Dem General Changarnier 50,000 Franken Gehalt zu streichen und ihn der Wahl der Nationalgarde zu unterwerfen. Vorgestern früh wurden alle Posten der Mobilgarde durch Linien-Truppen abgelöst. Die neue Organisation der Garde schreitet rasch vorwärts und sollte gestern beendigt werden. Noch nicht 2000 Mann sind ausgeschieden; alle übrigen treten in die neuen 12 Bataillone ein. Das Journal des Débats versichert, die Unzufriedenheit unter der Mobilgarde habe sich fast ganz auf einige Offiziere beschränkt; was über einen ernsten Zustand im

Fort Fabrice gesagt worden, sei völlig grundlos. Am 29. sollen mehrere Klubchefs von Rouen zu Paris angelangt sein, um bei dem beabsichtigten Aufstande sich zu betheiligen. Graf d'Alton Shee ist vorgestern verhöört worden; man soll bei ihm ein Dekret, im voraus für die neue provisorische Regierung entworfen, welche eingesetzt werden sollte, vorgefunden haben. Es heißt, Oberst Forestier sei wieder freigelassen.

Großbritannien und Irland.

London, d. 2. Febr. Vorgestern Nachmittag wurde eine Versammlung derjenigen Wähler der londoner City gehalten, welche bei der letzten Wahl dem Baron Rothschild ihre Stimmen gaben und seine Ernennung zum Unterhaus-Mitgliede durchsetzten. Da Rothschild seinen Platz noch nicht einnehmen konnte, weil das Oberhaus die vom Unterhaus genehmigte Bill für Beseitigung der bürgerlichen Unfähigkeiten der Juden verwarf, so kamen vorgestern die für seine Zulassung zu ergreifenden Maßregeln zur Berathung. Baron Rothschild verlas ein Schreiben Lord J. Russell's, worin dieser ihm anzeigt, daß er gleich im Anfange der Session eine Bill einbringen werde, deren Bestimmungen durch Abänderung der bisherigen Vorschriften wegen des von den Unterhaus-Mitgliedern zu leistenden Eides fortan auch Juden den Sitz im Unterhause gestatten würden. Rothschild fügte bei, daß die Regierung, so wie Peel und ein großer Theil seiner Partei, ferner alle einflußreichen Männer des Tages für den Plan des Lord J. Russell's seien, und daß daher die Annahme desselben zuversichtlich zu hoffen sei. Die Versammlung genehmigte mehrere Beschlüsse im Sinne der Ansichten des Premier-Ministers.

Im Unterhause wurde die Antwortadresse von Lord Bane beantragt und von Herrn Bunbury unterstützt. Hr. Disraeli rügte, daß die Thronrede dem Hause den Zustand des Landes nicht ehrlich und aufrichtig darlege. Er bekämpfte die Gründe, auf welche die Regierung die Behauptung stütze, daß unser Handel unter dem neuen System sich bessere, und behauptete, daß die Wirkung dieses Systems nicht bloß unsere Fabriken lähme, sondern auch eine Veränterung in der Vertheilung der edlen Metalle herbeiführe, welche für das Land verderblich werden müsse. Was die auswärtige Politik angehe, so habe zum ersten Male in der Thronrede die Versicherung der Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen zu den fremden Mächten wegbleiben müssen. Der Redner unterwarf nun unsere ganze auswärtige Politik dem bittersten Tadel und spötelte über die angekündigten großen Ausgaben-Verminderungen, zu denen, wie er meinte, die jetzige Sachlage ganz verzweifelt schlechte Aussicht gebe. Zum Schlusse beantragte er als Amendement die Erklärung, daß weder unsere Beziehungen zu den fremden Mächten, noch der Zustand des Einkommens, der Fabriken oder des Handels Gegenstände des Glückwunsches seien. Hr. Grattan beantragte ein Amendement zu dem Paragraphen bezüglich Irlands. Er hob die Nothwendigkeit der Aufhebung des irischen Armengesetzes hervor, tabelte die Zumuthung, die Suspension der Habeas-Corpus-Acte fortzudauern zu lassen und läugnete, daß überhaupt in Irland ein Aufstand Statt gefunden habe. Sein Amendement sollte das Parlament verpflichten, der Noth des irischen Volkes abzuhelfen. Dasselbe wurde von J. D'Connell in einer die irische Politik der Regierung tadelnden Rede unterstützt. Lord J. Russell bat das Haus, bezüglich Irlands seine Ansicht zurückzuhalten, bis dieser Gegenstand, was in Kurzem geschehen werde, zur besondern Erörterung gelange. Die Vollmachten, welche er begre, seien nicht gegen Irland, sondern nur zum Schutze der Gutgesinnten bestimmt; was das irische Armengesetz angehe, so werde er vorschlagen, daß eine Commission seine Wirksam-



Leipzig, den 5 Februar.

keit einer Prüfung und Untersuchung unterwerfe. Der Minister antwortete sodann auf Disraeli's Bemerkungen über den Zustand unseres Handels und unserer auswärtigen Beziehungen. Europa sei erschüttert worden; ob aber England in Gefahr gewesen sei, in Feindseligkeiten verwickelt zu werden? In Irland sei der Aufstand nicht durch Bewaffnung einer Classe gegen die andere, sondern durch die Umsicht und weise Mäßigung Lord Clarendon's unterdrückt worden. Wenn dies die Ergebnisse der Maßregeln der Regierung seien, so habe sie doch wenigstens verdient, nicht am ersten Abend der Session verurtheilt zu werden. Nachdem Hr. Hume noch über die Ungleichheit und die drückende Last der Besteuerung geklagt und das Regierungssystem in den Colonieen gerügt hatte, wurde das Amendement des Hrn. Grattan mit 200 gegen 12 Stimmen verworfen, die weitere Debatte aber vertagt.

Berichtigungen.

In den dramaturg. Mitth. Nr. 30 des Couriers ist zu lesen, statt: Falsch — Falsch; statt: Puffo — Buffo.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 5. Februar

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101	—	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	91 1/2	91 1/2
St. Schuld-Sch.	3 1/2	—	—	R. = u. Rm. do.	3 1/2	—	91 1/2
Sech. Pr. = Sch.	—	98 3/4	98 1/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadt-Obl.	5	98 1/4	—	Pr. Hf. = A. = Sch.	—	—	—
do. do.	3 1/2	76 1/2	—	Frdbrsch'dor.	—	13 7/12	13 1/12
Bkpr. Pfandbr.	3 1/2	—	84	And. Goldm. à	—	—	—
Großh. Posf. do.	4	96 3/8	—	5 Thlr.	—	12 1/2	12
do. do.	3 1/2	—	81 1/8	Disconto	—	—	4 1/2
Dkpr. Pfandbr.	3 1/2	—	90 1/4				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4 78 B. 77 1/2 C.	Berl. Anhalt	4 86 1/4 B.
do. Hamb.	4 60 1/4 C.	do. Hambg.	4 1/2 93 B.
do. St. Star.	4 88 1/2 B.	do. II. Serie	4 88 B.
do. Poisd. = R.	4 59 B.	do. Poisd. = R.	4 82 1/2 B. 1/4 B.
Magd. = Hlbf.	4 112 B.	do. do.	5 94 1/2 B.
do. Leipziger	4 —	do. Stettiner	5 101 1/2 C.
Halle = Thür.	4 50 1/4 C. 50 1/2 B.	Magd. = Leipz.	4 —
Cöln = Mind.	3 1/2 78 1/2 C.	Halle = Thür.	4 1/2 25 B. u. B.
do. Aachen	4 50 C.	Cöln = Mind.	4 1/2 92 1/2 B.
Bonn = Cöln	5 —	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
Düsseldorf = Elf.	4 —	d. I. Priorität	4 —
Steele. Bohw.	4 36 1/2 B.	do. St. = Pr.	4 —
Rh. v. St. = R.	4 71 1/2 C. 70 7/8 C.	Düsseldorf = Elf.	4 —
do. Zweigbhn.	4 —	Rh. v. St. = R.	4 86 B. u. B.
Dschl. Lit. A.	3 1/2 93 1/4 B.	do. do.	5 96 1/2 B.
do. Lit. B.	3 1/2 93 1/4 B.	do. III. Serie	5 94 B. u. B.
Cosel = Dverb.	4 —	do. Zwagbhn.	4 1/2 —
Bresl. Freib.	4 —	do. do.	5 80 C.
Krat. Dschl.	4 —	Dverb. Schl.	4 —
Berg. = Märk.	4 58 B.	Krat. Dschl.	4 72 B.
Starg. = Posf.	4 70 C.	Cosel = Dverb.	5 95 1/2 C.
Brieg. Meise	4 —	Steele. Bohw.	5 87 1/2 B.
do. do.	—	do. II. Serie	4 —
Quitt. = B.	—	Bresl. = Freib.	—
Magd. = Bittb.	4 43 1/2 C.	Ausland.	—
Kach. = Rastr.	4 —	Stamm-Actien.	4 —
Th. Bb. = Bhn.	4 —	Leipz. = Dresd.	—
Ausl. Ob.	—	Kudw. = Verb.	4 —
Pesth. 26 Fl.	4 —	24 Fl.	4 —
Gr. = B. = Abb.	4 37 1/2 1/4 0/8 à 1/8 B.	Riel. = Alt. Sp.	4 88 1/2 B.
		Amst. = R. Fl.	4 —
		Mad. = Thlr.	4 38 1/2 C.

Staatspapiere.	Anges. boten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinsf.	Anges. boten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3% im 14 f. J. von 1000 u. 500 f. kleinere	79 1/2	—	P. = Obl. à 3 1/2 %	—	97 1/4
à 4% do. v. 500 f. kleinere	89 1/2	—	Chemn. = R. Eisenb. = Anl. à 10 f. 4%	—	—
do. do. v. 500 u. 200 à 5%	101 1/4	—	R. pr. St. = Schuld-scheine à 3 1/2 % in pr. St. pr. 100	—	—
do. do. kleinere	—	—	R. f. öferr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5% lauf. Zinsen	—	—
Königl. sächs. Land-rentenbriefe à 3 1/2 % im 14 f. J. von 1000 u. 500 f. kleinere	—	—	à 4% à 103 1/2 im à 3% 14 f. J.	—	—
Act. d. ch. S. = Barr. F. = Co. bis Mich. 1855 à 4% spät. à 3% von 100 f.	—	83	Pr. Frsb'or à 5 f. idem auf 100	—	—
Königl. pr. Steuer-Kredit = Kassensch. à 3% im 20 f. J. von 1000 u. 500 f. kleinere	—	78 1/2	And. ausl. Louisb'or à 5 f. nach geringem Ausmünzungsfe auf 100	12 1/2	—
Leipz. Stadt-Obligations à 3% im 14 f. J. von 1000 u. 500 f. kleinere	—	78 1/2	Conv. = Spec. u. Obl. auf 100	—	—
Sächs. erb. Pfand-briefe à 3 1/2 % von 500	—	82	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2 1/2
S. lauffter Pfand-briefe à 3%	—	76 1/2	Actien d. B. = B. pr. St. à 103%	—	—
S. lauffter Pfand-briefe à 3 1/2 % do. à 4%	—	99	Leipz. Bank-Actien à 250 f. pr. 100	141 1/2	—
Leipz. = Dresd. Eisenb.	—	—	Epi. = Dresd. Eisenbahn = Actien à 100 f. pr. 100	97	—
			Sächs. = Schlef. do. pr. 100	—	75 1/4
			Chemnitz = Risaer do. à 100 f. pr. 100	23 1/2	—
			Essen = Sittauer do. pr. 100	—	15
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	167 1/2	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuss. M.)

Magdeburg, den 5. Februar. (Nach Wispeln.)

Weizen	48	52	Serke	24	26
Roggen	27 1/2	29	Safer	14	16 1/2

Berlin, den 5. Februar

Weizen nach Qualität 52—56 f.
 Roggen loco 26 1/2—27 1/2 f.
 = pr. Frühjahr 52 pfd. 27 f. B.
 Serke, große, loco 22—23 f.
 = kleine 18—20 f.
 Safer loco nach Qualität 15—16 f.
 = pr. Frühjahr 48 pfd. 14 1/4 f. Br.
 Rüböl loco 13 1/2 à 13 3/4 f. B.
 = Febr. 13 1/8 f. Br., 13 C.
 = Febr./März 13 f. Br., 12 1/2 C.
 = März/April 12 1/2 f. Br., 12 1/2 C.
 = April/Mai 12 1/2 f. Br., 12 1/2 B.
 = Mai/Juni 12 1/2 f. Br., 12 1/2 B.
 = Juni/Juli 12 1/2 f. Br.
 = Sept./Oct. 12 1/2 f. à 12 1/2 f.
 Spiritus loco ohne Fas 14 1/2 f. B.
 = Febr. 14 1/2 f. nominell.
 = März 15 f. Br.
 = pr. Frühjahr 15 1/2 f. Br.
 = Mai/Juni 16 f. Br.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 5. Februar Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 1 Zoll.
 am 6. Februar Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 1 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 5. Februar 1 Zoll über 0.

Fremdenliste.

Angekommen Fremde vom 5. bis 6. Februar.

Im Kronprinzen: Hr. Graf v. d. Uffeburg a. Meisdorf. Hr. Baron v. Strachwitz a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Kahlenberg a. Magdeburg, Friedrich a. Frankenberg, Böttcher a. Hannover, Rothgießler a. Braunschweig, Heidenreich a. Chemnitz, Schuhmacher a. Berlin.

Stadt Zürich: Hr. Landrichter Treß a. Wittenberg. Die Hrn. Kauf. Philipson, Schulz u. Kahleiß a. Magdeburg, Schreder u. Balz a. Leipzig.

Goldnen Ring: Die Hrn. Gutsbes. Pädler a. Bornitz, Krause a. Braunsdorf. Hr. Insp. Stotz a. Ramburg. Hr. Kaufm. Serbig a. Berlin. Hr. Fabrik. Müller a. Dresden. Hr. Büchsenmacher Blanke a. Naumburg. Hr. Rent. Kamann a. Weimar.

Englischer Hof: Hr. Apoth. Reichmann a. Magdeburg. Die Hrn. Kauf. Weiß a. Stuttgart, Schmidt a. Buchhorn, Bemmman a. Mainz.

Goldnen Löwen: Die Hrn. Kauf. Fretlich a. Grudtebrück, Seewald a. Wallhausen, Volkmann a. Braunschweig. Hr. Rauchwaarenhändler. Hahn a. Kopenhagen. Hr. Mechanikus Bachmann a. Breslau. Hr. Feldmesser Greisberg a. Dresden.

Goldne Kugel: Hr. Rent. Erasmus a. Mühlberg. Die Hrn. Kauf. Fernow a. Dresden, Kraft a. Potsdam. Hr. Büchsenmacher Fischer a. Suhl. Die Hrn. Partik. Karnecky, Madyslow, Janowski, Liebchen, Brilinsky, Hofinsky, Popiolkowicz, Samerobsky a. Polen.

Zur Eisenbahn: Hr. Defon. Berger a. Breslau. Die Hrn. Kauf. Steinert u. Dettner a. Leipzig. Die Hrn. Fabrik. Rankmann u. Hennig a. Chemnitz.

Bekanntmachungen.

Nothwendiger Verkauf.

Nachstehende, dem Kaufmann Louis Herrmann Gustav Persch in Magdeburg gehörige Grundstücke:

I. ein in dem Dorfe Schotterei gelegenes Nachbargut, an Haus, Eingebäuden, Hof und Garten, wozu zwei Hufen Landes in Schotterei Flur, die Unterhufe und Mittelhufe, pertinentialiter gehören, sub No. 16 des Hypothekenbuchs, tarirt auf 5627 Rp 29 Jg 1 L;

II. folgende walzende Grundstücke, als:

A. in Schotterei Flur:

- 1) Eine Hufe Feld, Nr. 184, 36 und 251 des Flurbuchs, tarirt 1644 Rp 28 Jg 4 L;
- 2) Eine halbe Hufe Feld, Nr. 675, 9 und 765a. des Flurbuchs, tarirt 379 Rp 26 Jg 8 L;
- 3) Eine halbe Hufe Feld, Nr. 659, 54 und 765b. des Flurbuchs, tarirt 560 Rp 1 Jg 8 L;
- 4) Eine Hufe Feld, Nr. 468 (oder 639a. b.), 302, 304 und 749 des Flurbuchs, tarirt 1721 Rp 8 Jg 4 L;
- 5) Sechszehn Oberacker Feld, Nr. 219 des Flurbuchs, tarirt 2924 Rp 19 Jg 5 L;
- 6) Ein Oberacker Feld, Nr. 205 des Flurbuchs, tarirt 146 Rp 4 Jg 5 L;
- 7) Ein Oberacker Feld, Nr. 208 a. b. des Flurbuchs, tarirt 145 Rp 28 Jg 11 L;
- 8) Ein Oberacker Feld, Nr. 208 c. des Flurbuchs, tarirt 142 Rp 18 Jg 11 L;
- 9) Ein Oberacker Feld, Nr. 96 und 97 des Flurbuchs, tarirt 340 Rp 27 Jg 9 L;
- 10) Acht Oberacker Feld, Nr. 95 des Flurbuchs, tarirt 1865 Rp 25 Jg;
- 11) Zwei Oberacker Feld, Nr. 83 des Flurbuchs, tarirt 437 Rp 26 Jg 8 L;
- 12) Underhalb Acker Feld, Nr. 381 des Flurbuchs, tarirt 243 Rp 1 Jg 1 L;
- 13) Ein Stück Feld, früher Wiese, überm Bache, Nr. 776 des Flurbuchs, tarirt 144 Rp 28 Jg 4 L;
- 14) Zwei Acker Feld, Nr. 196 des Flurbuchs, tarirt 341 Rp 10 Jg;
- 15) Zwei Acker Feld, Nr. 195 des Flurbuchs, tarirt 341 Rp 10 Jg;
- 16) Zwei Acker Feld, Nr. 150 des Flurbuchs, tarirt 341 Rp 10 Jg;
- 17) Ein Acker Feld, Nr. 92 des Flurbuchs, tarirt 437 Rp 26 Jg 8 L;
- 18) Eine Hufe Feld, Nr. 259, 662, 303 und 305 des Flurbuchs, tarirt 1761 Rp 23 Jg 4 L;
- 19) Ein halber Acker Feld, Nr. 207 des Flurbuchs, tarirt 73 Rp 1 Jg 8 L;
- 20) Ein Acker Feld, Nr. 423 des Flurbuchs, tarirt 142 Rp 18 Jg 11 L;

- 21) Ein Acker Feld, Nr. 146a. des Flurbuchs, tarirt 146 Rp 4 Jg 5 L;
- 22) Underhalb Acker Feld, Nr. 310 des Flurbuchs, tarirt 288 Rp 28 Jg 11 L;
- 23) Ein Viertellandes Feld, Nr. 428, 608 und 375 des Flurbuchs, tarirt 278 Rp 13 Jg 4 L;
- 24) Ein Viertellandes Feld, Nr. 443, 374 und 606 des Flurbuchs, tarirt 288 Rp 25 Jg;
- 25) Ein Viertellandes Feld, Nr. 504, 558 und 230 des Flurbuchs, tarirt 493 Rp 3 Jg 4 L;
- 26) Ein Viertellandes Feld, Nr. 505, 559 und 521 des Flurbuchs, tarirt 621 Rp 23 Jg 4 L;
- 27) Drei Viertel Acker 13 Ruthen Feld, Nr. 193 des Flurbuchs, tarirt 146 Rp 4 Jg 5;
- 28) Ein Viertel Acker 6 Ruthen Feld, Nr. 76 des Flurbuchs, tarirt 48 Rp 21 Jg 8 L;
- 29) Ein Viertellandes Feld, Nr. 377, 629 und 449 des Flurbuchs, tarirt 278 Rp 6 Jg 8 L;
- 30) Zwei Acker Feld, Nr. 328 des Flurbuchs, tarirt 391 Rp 28 Jg 4 L; und
- 31) Ein Stück Feld von $3\frac{3}{4}$ Acker 25 Ruthen, Stift Merseburgisch Maß, Nr. 209 des Flurbuchs, früher als Acht $\frac{3}{4}$ Acker eingetragen, tarirt 759 Rp 16 Jg 8 L;

B. in Lauchstädter Flur:

- 32) Zwölf Acker Feld, Nr. 267 des Flurbuchs, tarirt 1366 Rp 10 Jg;

C. in Großgräfendorfer Flur:

- 33) Ein Stück Feld, früher Wiese, von $\frac{1}{2}$ Acker 41 Ruthen, Nr. 798 des Flurbuchs, tarirt 95 Rp; und

D. in Rockendorfer Flur:

- 34) Eine Wiese in der Aue, früher sub No. 358, 357 und 339 des Flurbuchs, jetzt in Folge der Separation in einem Plane von 9 Morgen 91 Ruthen Nr. 183 der Karte gelegen, tarirt 1231 Rp 11 Jg 8 L;

sollen im Wege der nothwendigen Subhastation

den 15. Juni 1849 von Vormittags
11 Uhr an

an Gerichtsstelle zu Lauchstädt verkauft werden. Taxe und Hypothekenscheine sind in unserer Registratur einzusehen.

Lauchstädt, den 20. November 1848.

Königliche Gerichts-Commission.

Auf obige Bekanntmachung Bezug nehmend, bemerke ich, daß ich das quäst. Freigut seit dem 15. September v. J. nicht mehr besitze, sondern dies seit jener Zeit dem Proviand-Commissarius und Lieutenant Herrn Heinrich Böhme zu Leipzig gehört.

Magdeburg, den 8. Januar 1849.

Gustav Persch, Kaufmann.

Die Strohhut-Fabrik und Bleiche von Henriette Cohn Markt Nr. 739, zeigt den geehrten liebgeliebten und auswärtigen Damen ergebenst an, daß die Strohhut-Bleiche den 15. d. M. ihren Anfang nimmt, und glaubt selbige, da die Bleiche ihrer Strohhüte den geehrten Damen hinlänglich bekannt ist, sich aller Anpreisungen enthalten zu können.

Holz-Verkauf auf der Raben-Insel bei Halle.

Montag den 12. Februar d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf der Rabeninsel bei Halle a/S. folgende aufgearbeitete Holzsortimente unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend verkauft werden, als:

circa: 72	Rüstern Nutzstücke,	à 20—40'	lang,	7—14"	stark.
19	Eichen	à 3—10'	à 7—40"	à	
12	Eichen	à 24—40'	à 9—15"	à	
3	Birken	à 27—35'	à 7—8"	à	
8	Ellern	à 30—40'	à 9—13"	à	
30	Pappeln	à 27—36'	à 8—11"	à	
10	Klaftern Knüppelholz.				
30	Schock Abraum.				

6 Haufen Stangen von verschiedener Länge und Stärke. Vorstehendes Material liegt auf dem diesjährigen Schlage der von der Stadt Halle $\frac{1}{4}$ Meile entfernten Raben-Insel und wird Kauflustigen auf Verlangen vorher durch Herrn Waldwärter Raumann in Böllberg angewiesen.

Schkeuditz, d. 3. Februar 1849.

Der Oberförster
Mehow.

Hiermit erlaube ich mir zur gefälligen Benützung des verehrungswürdigen Publikums die ergebene Anzeige zu machen, daß ich von der Königl. Wohlthätlichen Regierung zu Merseburg als Agent für

die Brand-Versicherungs-Bank für Deutschland in Leipzig

bestellt worden bin.

Diese Anstalt, welche auf Gegenseitigkeit und Deffentlichkeit gegründet ist und auch Versicherungen gegen feste Prämien übernimmt, versichert laut Statuten: Gebäude, Mobilien aller Art, namentlich Meubles und Hausgeräthe, Kleider, Leinenzeug und Betten, Silberzeug, Waaren aller Art, Vieh, Feld- und Wirthschafts-Inventarium, gedroschenes Getreide, Stroh, Heu, Holz und sonstige Vorräthe.

Indem ich mich zur Aufnahme von Versicherungs-Anträgen bestens empfohlen halte, bemerke ich nur noch, daß ich zur Ertheilung jeder weiteren Auskunft sehr gern bereit bin.

Alsleben a/S., den 1. Februar 1849.

Albert Bertram,
als Special-Agent.

Mit dem Anfange der nächsten Woche beabsichtige ich eine Reihe populärer Vorlesungen über **Experimentalchemie** zu beginnen, in denen ich die allgemeinen chemischen Erscheinungen, deren Einflüsse auf die Natur und ihre Anwendung im gewöhnlichen Leben, abhandeln werde. Die Vorlesungen werden Montags und Donnerstags von 6 bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends, in meiner Wohnung, große Ulrichsstraße Nr. 37, gehalten werden, und am 12. Februar ihren Anfang nehmen. Eintrittsbillets, à zwei Thaler, werden in der Buchhandlung des Herrn Anton, große Steinstraße Nr. 87, ausgegeben.

Halle, den 5. Februar 1849.

R. F. Marchand.

Bescheidene Anfrage.

Wäre es nicht noch an der Zeit, eine Petition an die nunmehr bald zusammen tretenden Kammern einzureichen, von allen denjenigen Volksschullehrern, die Dreißiger und Vierziger sind: daß das Wahlrecht der Gemeinden dahin beschränkt würde, nach Verdienst und Dienstalter ihre Lehrer zu wählen? Sonst werden nur junge Leute, die kaum dem Seminar entlassen sind, gewählt, und praktische Schulleute bleiben sitzen.

Ein Volksschullehrer, an der Saale.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Die Jagd auf den Feldern des Ritterguts Benndorf ist an den Schützen Hrn. Nießschmann zu Gröbers auf mehrere Jahre verpachtet worden.

Freiimfelde.

Donnerstag, den 8. Februar,
letztes Wurstfest.
Essen Punkt 7 Uhr. Nachher Ball.

Bitte zu beachten!

Wer mir den Dieb meines gestohlenen oder gefundenen Geldes, welches ich im 20. Stück dieses Blattes angezeigt habe, begründet nachweist — mag es Polizei oder Bürger sein — auswärts oder in Halle selbst — erhält 5 Rth Belohnung. Ich bitte um fortwährende Aufmerksamkeit! —

Halle, Klausthor Nr. 2190.
Bewittwete Superintendent Stüler.

Familien-Nachrichten.

Verlobungs-Anzeige.

Freunden und Bekannten zeigen auf diesem Wege die Verlobung ihrer Tochter Ida mit dem Cand. minist. Herrn Erbe aus Merseburg ergebenst an

Lissen, den 3. Februar 1849.

Propst Möller, Sup.,
Friederike Möller, geb. Bahn.

Verspätet.

Todes-Anzeige.

Das am 1. Februar d. J. Abends 11 $\frac{3}{4}$ Uhr, durch einen Lungen Schlag herbeigeführte, plötzliche Dahinscheiden der Demoiselle Mariane Geyer einzigen Tochter des gewesenen Justizamtmannes Geyer hier selbst, zeigt allen nahen und entfernten Freunden und Verwandten der Berewigten hierdurch an

Börsig, den 3. Februar 1849.

der Deconom Finger.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 9 $\frac{3}{4}$ Uhr verschied nach kurzem Krankenlager unser guter Vater, der Steuerrath a. D. Ludwig Willaret, in seinem 77sten Lebensjahre.

Theilnehmenden Anverwandten und Freunden widmen diese betrubende Anzeige

Halle, den 6. Februar 1849.

die Hinterbliebenen.

An meine Wähler.

Einen Moment der Ruhe, welcher nach den aufgeregten Kämpfen um die großen Fragen der letzten Wochen in unserer Versammlung eingetreten ist, den Augenblick, in welchem die Verfassung, welche das Vaterland zu neuer Wohlfahrt und Größe erheben soll, ihrem Abschlusse naht, benutze ich, einer mahnenden und theuern Pflicht zu genügen. Es liegt mir ob, den zahlreichen Unterzeichnern der Zuschriften, welche mir schon vor einiger Zeit mit der Versicherung des Einverständnisses mit meiner politischen Richtung und meiner bisherigen Wirksamkeit von Stadt und Land zugekommen sind, ein Wort des herzlichsten Dankes zuzurufen.

Wenn irgend, so werden wir binnen Kurzem für die Durchführung der deutschen Verfassung der eifrigsten Unterstützung der gesammten Nation, vor allem der Preußen bedürfen. Nur in dieser Hoffnung, nur mit dieser Gewißheit konnten wir zur Lösung der Oberhauptsfrage (welche die Frage nach der Existenz des ganzen Werkes ist) den Weg betreten, welchen wir seit der Mitte des December eingeschlagen haben. Als die Ueberzeugung fest stand und durch alle Schritte der Regierung Oesterreichs, so wie ihre offene Erklärung vom 28. November bestätigt war, daß man in Olmütz entschlossen sei, die Gesamtmonarchie des Kaiserstaats aufrecht zu erhalten, daß unser Verben um Oesterreich durch die Wahl des Erzherzogs zum Reichsverweser vergeblich gewesen sei, da mußten wir endlich zur Entscheidung schreiten, da mußten wir den Knoten zerhauen, da mußten wir aussprechen, daß keine Stelle für Oesterreich in dem neuen Deutschland sei, wenn es den Bedingungen des Bundesstaats, der Personalunion zwischen Deutsch-Oesterreich und den Außenländern nicht gerecht werden könne oder wolle, wir mußten aussprechen, daß fortan nur das Verhältniß der Union Deutschlands zu Gesamtösterreich in Betracht kommen könne.

Wir wußten, welchen Kämpfen und Stürmen wir entgegengingen, wenn wir, außer Stande die Personalunion zu erzwingen, diese Bahn betraten, wir wußten, welcher Haß auf die preussischen Abgeordneten geworfen werden würde, aber unser Gewissen war rein. Wir hatten bei der Wahl des Reichsverwesers hinlänglich gezeigt, daß Preußens Interesse dem deutschen nicht entgegenstehen solle. Es lag nicht an uns, wenn Oesterreich die dargebotene Stellung nicht benutzte, nicht seine Macht in die Waagschale geworfen hat, das Provisorium in die definitive Reichsgewalt zu verwandeln; wir hatten wiederholt erklärt, daß wir nicht anstehen würden, Oesterreichs Kaiserhaus auch für immer an die Spitze zu stellen, sobald Deutschland in diesem die Gewähr einer deutschen Leitung, nicht einer durch die außerdeutschen Besitzungen bedingten österreichischen erhalte, sobald Deutschland damit zugleich die Gewähr empfinde, daß dieses Kaiserhaus nicht im Stande sein werde, gegen die Vertretung der deutschen Nation im Volks- und Staatenhause sei-

nen Willen vermittelt ungarischer, serbischer, dalmatischer, böhmischer, polnischer und italienischer Bayonnette dem neuen Reiche aufzuzwingen. So konnten wir getrost jenen Pfad betreten, wenn wir auch wohl erkannten, daß wir auf diesem die bis dahin wohl bewahrte Haltung der Versammlung, den Zusammenhang und die Stellung der Parteien auf das Spiel setzten, wenn wir auch wußten, daß wir die feste, einige und constante Majorität spalten, daß wir für die entscheidendsten Fragen den Republikanern in der Versammlung zahlreiche und unverächtliche Bundesgenossen zuführen würden. Dennoch mußte dieser Weg betreten werden, es gab keinen anderen für Deutschland, kein anderer konnte ans Ziel führen.

So begann die Repeal. Eingedenk der großen Verdienste, welche sich Schmerling um unsere Versammlung und um Deutschland erworben, konnten wir unmöglich dazu greifen, den Chef des Ministeriums durch eine Abstimmung zu stürzen. Die Anzeige auf privatem Wege, daß Herr von Schmerling auf die Unterstützung der Centren nicht mehr mit Sicherheit rechnen könne, genigte vollkommen. Es folgten dann jene stürmischen Anläufe gegen Gagerns Programm, jener betäubende und schmerzliche Ruf: „das ganze Deutschland soll es sein.“ Wir blieben unerschüttert. Was nützt das Ganze, wenn wir dasselbe nicht zu gestalten und zu organisiren vermögen; vor allem muß ein fest geschlossener Kern gebildet werden, an welchem sich die abgerissenen oder über das Vaterland hinausgewachsenen Glieder des deutschen Volkes im weiteren Lauf der Entwicklung wieder anschließen können.

Trotz allem, was gegen uns in die Waffen trat, trotz der Coalition der Oesterreicher, der Baiern (mit wenigen Ausnahmen), der Ultramontanen, der Particularisten mit der Linken in dieser Frage, trotz dem, daß die Parteien zerbrachen, das Gebäude der Versammlung in allen Fugen krachte, ist der Wurf gelungen. Alle Bestimmungen in der Verfassung, die seit der denkwürdigen Annahme des Gagern'schen Programms zur Berathung kamen, sind angenommen worden, wenn auch mit kleineren Mehrheiten als zuvor, und gewannen wir für die Erblichkeit nicht sogleich die absolute Majorität, so war es mindestens die relative, so fanden sich für alle anderen Vorschläge, die da Kaiserthum auf Lebenszeit, auf zwölf oder sechs Jahre übertragen wissen wollten, weit geringere Stimmenzahlen und diese kamen überdies von den verschiedensten Seiten her, von der äußersten Rechten und von der Linken, von den Particularisten und von den Ultramontanen, ein Umstand, der eben so sehr als die Natur der Dinge selbst geeignet ist, die Unhaltbarkeit so schwacher Staatsformen an der Spitze Deutschlands ins Licht zu stellen.

Vor allem wird es nun die Aufgabe der neuen preussischen Kammern sein, das Werk, welches hier mit so viel Anstrengung, Mäßigung, Ausdauer und Beharrlichkeit gepflegt, gefördert und

fortgeführt worden ist, aus allen Kräften zu unterstützen und aufzunehmen. Es wird die Sache der Berliner Versammlung sein, ob Deutschlands Einheit in der neuen Verfassung zur Wahrheit und Wirklichkeit werden wird, oder ob das Schiff noch dicht vor dem Hasen scheitern soll. Möge die Versammlung, welche am 26. zusammentritt, dessen eingedenk sein, möge sie sich erinnern, daß sie die Schuld, welche die erste vereinbarte Versammlung in Berlin auf sich geladen hat, zu sühnen und zu tilgen habe. Es war unmöglich, in Frankfurt die Frage nach dem Oberhaupt, nach dem Abschluß der Verfassung zur Sprache zu bringen und der Vollendung entgegenzuführen, so lange Preußen in sich schwach und zerrissen war, so lange die Regierung in Berlin gelähmt war durch eine Versammlung, welche zu keinem festen und stätigen Willen zu gelangen vermochte, welche dem Terrorismus der Massen gehorchte. Erst als die Verfassung vom 5. December gegeben, als diese fast einstimmig vom Volke angenommen und freudig begrüßt war — erst da war es an der Zeit, auch hier die Entscheidung ernsthaft ins Auge zu fassen.

So werden denn die Geschicke Deutschlands zunächst in Berlin gefördert oder gehemmt werden. Es wird, wie wir fest vertrauen, so viel Einsicht und Patriotismus in diesen Kammern vorhanden sein, um zu gewahren, daß die Zeit formaler Streitigkeiten und Zänkereien über Vereinbarung und Revision, über Annehmen oder Ablehnen, vorüber sein muß, daß es sich in Deutschland um ganz andere und viel höhere Dinge handelt, als in diesem oder jenem Punkte Recht zu behalten. Es wird so viel staatsmännischer Blick vorhanden sein, Großes vom Kleinen und Einzelnes vom Ganzen zu unterscheiden. Man wird die Macht eines Staates nicht brechen, den Staat selber nicht in Verwirrung und ins Verderben stürzen wollen, weil ein Ministerium Fehlgriffe gethan und üble Maßregeln getroffen hat, man wird einsehen, daß man eine Regierung, einen Monarchen nicht herabziehen darf, der an die Spitze Deutschlands treten soll, man wird begreifen, daß Preußen stark sein muß, wenn Deutschland es zum Eckstein seiner Einheit machen will. Oder glaubt man durch das entgegengesetzte Verhalten

etwa Stimmen für das erbliche Kaiserthum der Hohenzollern, für die Erhöhung Preußens in Frankfurt zu gewinnen?

Was will man endlich erreichen, wenn man die Verfassung vom 5. December in Frage stellte? Ist sie nicht aus dem einen Guffe der Freiheit? Glaubt man etwa mit diesem Maß der Freiheit nicht auszureichen? Dann wäre Preußen überhaupt der Freiheit nicht werth. Und wenn zwei oder drei Bestimmungen zweifelhaft, bedenklich oder nicht offen genug erscheinen, wird der Weg der Revision nicht genügen? Sorge man vielmehr, das gegebene Maß der Freiheit zu benutzen, praktisch auszubenten und ins Leben des Volkes einzuführen; sorge man für eine parlamentarische Haltung, welche dem Inlande und dem Auslande Achtung vor uns und unserer politischen Reife einflößt, statt das ganze Werk und damit den Staat in eigensinniger Rechthaberei wieder in Frage zu stellen, statt ein Uebermaß von Freiheiten zu erstreben, während man kaum den gebotenen gewachsen erscheint. Vor allem aber möge man bedenken, daß ein Staat auch eine Macht sein muß, und zumal in dem Augenblick, wo er berufen ist, mit allen seinen Kräften Deutschlands Einheit zu gründen, zu stützen, durchzusetzen.

Daß die Wähler von Halle, die Wähler des Saalkreises in diesem Sinne nach Berlin gewählt haben und wählen werden, davon bin ich fest überzeugt. Sie werden in demselben Sinne auf die Thätigkeit ihrer Vertreter in Berlin einwirken, Sie werden alles thun, was in Ihren Kräften steht, die preussische Regierung auf der Bahn zu erhalten und weiter vorwärts zu treiben, welche sie mit der Note vom 23. Januar betreten hat, und ich freue mich dieser Gewißheit.

Das deutsche Volk hat ein unveräußerliches Recht und eine unabweißbare Pflicht auf die einheitliche Gestaltung seines nationalen Lebens, seiner Zukunft. Die Vertreter des preussischen Volkes werden die Verantwortung, die Schmach nicht auf sich nehmen wollen, die Einigung nicht aus allen Kräften gefördert, vielmehr direct oder indirect, offen oder versteckt, verzögert, verkümmert, verhindert zu haben.

Frankfurt, am 3. Februar 1849.

M. Duncker.

Sebauersche Buchdruckerei.

